

Koordinierungsbüro für die Kampagne gegen die militarisierte EU-Verfassung

Adolf Riekenberg

Nußbaumstr. 7

73553 Alfdorf

Tel.: 07182-49112

E-Mail: info@eu-verfassung.com

<http://www.eu-verfassung.com>

Analyse des EU-Ratstreffen vom 16. + 17. 06. 05 in Brüssel

Der EU-Krisengipfel in Brüssel hat die Frist für die Ratifizierung der Verfassung verlängert. Der amtierende EU-Ratsvorsitzende, Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Juncker, sagte, das Vertragswerk könne frühestens Mitte 2007 ratifiziert werden. Der ursprünglich geplante Termin im Herbst 2006 sei nicht mehr haltbar. In allen Ländern müsse eine Denkpause zum Überlegen, Erklären und für Diskussionen eingelegt werden. Die EU habe die Ablehnung der Verfassung in Frankreich und den Niederlanden "mit schwerem Herzen und großem Bedauern" zur Kenntnis genommen, sagte Juncker. Das Bündnis könne nicht so tun, als ob nichts geschehen sei. Europa müsse sich nun dem Bürger öffnen und ihm Gehör schenken. Gleichzeitig machte Juncker klar, dass es keine neuen Verhandlungen über die Verfassung geben werde. "Es gibt keinen besseren Vertrag", sagte er. Die EU habe keinen Plan B für die Verfassungskrise, sondern einen Plan D - "D wie Dialog und Debatte". (http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4434782_REF1,00.html)

Die Analyse, die auf dem Ratstreffen vorgebracht wurde ist eine Ignorierung und Verfälschung der Meinung, die in Frankreich und den Niederlande zum Ausdruck gebracht wurde. Statt dass der neoliberale Kurs korrigiert wird, soll lediglich die Erweiterung verlangsamt werden, da die der Bevölkerung nicht zu vermitteln sei.

Damit wird das Ergebnis der Referenden umgedeutet.

Auf der einen Seite werden die Referenden auf Eis gelegt, auf der anderen aber kräftig der neoliberale Kurs festgeschrieben.

- So wird Anfang Juli die Abstimmung über die Dienstleistungsrichtlinien erwartet, wobei der Entwurf der Berichtstatterin Evelyne Gebhardt die Richtlinie zwar an wichtigen Punkten entschärft, er bietet aber keinen Anlass zur Entwarnung. Auch dieser Vorschlag führt zur Absenkung von Standards statt zur Harmonisierung auf einem hohen Niveau. Zudem ist nicht zu erwarten, dass dieser Vorschlag angesichts der konservativen Mehrheit im Parlament Bestand hat.
- Ebenso wird die Arbeitszeitrichtlinie zur Zeit behandelt und zur Abstimmung gestellt, die eine Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden festschreibt. Mit der Opt-out-Regelung können Arbeitnehmer durch eine "freiwillige" schriftliche Versicherung erklären, dass sie auf den Mindestschutz durch die Richtlinie bezüglich der Begrenzung der maximalen Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden verzichten.
- Die Militarisierung wird weiter festgezurr. Mit dem Vertrag von Nizza wird die Begründung einer verstärkten Zusammenarbeit auch in der „zweiten Säule“, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (Titel V EU-Vertrag), möglich. Sie gilt nur für die Durchführung einer gemeinsamen Aktion oder die Umsetzung eines gemeinsamen Standpunktes. Fragen mit militärischen oder verteidigungs-politischen Bezügen kann sie dagegen nicht betreffen. Damit ist die Grundlage, die der Verfassungsvertrag schaffen sollte, für die Militarisierung der EU entfallen. Die Ankündigung, einen Plan D - "D wie Dialog und Debatte" um zu setzen, deutet darauf hin, dass wir uns auf eine Medienoffensive für den Verfassungsvertrag einrichten müssen. D steht wohl auch für durchdrücken!

Mit der Verschiebung der Ratifizierung ist erst einmal wieder Zeit gewonnen, die von uns genutzt werden muß, um unsere Positionen klar und deutlich umzusetzen. Es geht jetzt darum, eine breite gesellschaftliche Diskussion anzufangen, wie wir uns ein ziviles, solidarisches, demokratisches und ökologisches Europa vorstellen und welche Verabredungen dies bedarf.

Erste Wege wurden schon beschritten:

- Auf dem ersten Sozialforum in Deutschland vom 21. bis 24. 06. 05 in Erfurt (<http://sozialforum2005.de/>) wird es sowohl eine große internationale Konferenz und viele Seminare und Workshops zu dem Thema geben, die zum Teil auch von der Kampagne mit getragen werden.

- Auf EU Ebene sind die ersten Kontakte geknüpft und Vorschläge erarbeitet, wie weiter gearbeitet werden kann. Die Webseite <http://www.noeuconstitution.net/wiki> soll intensiv als Kooperationswerkzeug eingesetzt werden.
- Erste Iden wurden entwickelt, wie durch regionale Konvente eine breite Beteiligung der Menschen von unten erreicht wird, ohne, dass nach einer einmaligen Stimmabgabe diese wieder von der Mitsprache ausgeschlossen werden.

Für uns, als Kampagne gegen die Ratifizierung der EU-Verfassung bedeutet dies, dass wir verstärkt weiter arbeiten müssen. Aus diesem Grunde haben wir uns entschlossen, dass wir das Büro der Kampagne weiter führen.

Die Anschubfinanzierung wurde durch Tobias Pflüger, Mitglied der [Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke \(GUE/NGL\)](#) im EU-Parlament, übernommen, in dem er die Bürostelle bis zum 31. 05. 05 finanziert hat. Wir bemühen uns gerade darum, diese Stelle weiter laufen zu lassen und suchen noch finanzielle Unterstützung.

"Zum einen wäre eine Mit-Finanzierung für einige Monate wichtig, zum andern helfen uns auch alle kleinen und großen Spenden von Einzelpersonen, Friedens- Umwelt- und globalisierungskritischen Gruppen vor Ort, größeren Organisationen und Vereinen - bitte teilt uns mit wie viel Ihr beitragen könnt.

mit solidarischen GrüÙe

Adolf Riekenberg
 IMI-Beirat
 Attac-AG Globalisierung und Krieg
 Attac-AG EU
 Attac-Schorndorf
 NuÙbaumstr. 7; 73553 Alfdorf
 Telf.: 07182-49112; mobil: 0175-4254928; E-Mail: info@eu-verfassung.com
 Mailingliste: http://de.groups.yahoo.com/group/eu_verfassungskampagne/

Rückmeldebogen:

Name/Gruppe:

Adresse:

Email:

Telefonnummer:

Ich überweise/wir überweisen regelmäßig / einmalig: ,- Euro

auf das Konto der Informationsstelle Militarisierung 286 70 14 bei der Kreissparkasse Tübingen BLZ 641 500 20. **Überweisungen bitte unbedingt unter Angabe des Stichwortes Kampagne gegen die militarisierte EU-Verfassung.**